

Solidarische Grüße von der Initiative gegen das Chipkartensystem aus Berlin!

## **Das Chipkarten- und Gutscheinsystem angreifen! Unser Widerstand lohnt sich!**

Das belegen die Erfolge von Initiativen in Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Teilen von Brandenburg!

Wir haben den Eindruck, dass in relativ kurzer Zeit die rassistische Chipkartenpraxis zumindest in Teilen Brandenburgs beendet werden kann.

Und der Widerstand gegen diese Form der Ausgrenzung ist einfach:

Solidarische EinkäuferInnen helfen individuell und unterlaufen die bürokratische Diskriminierung.  
100% legal, 100% direkte Aktion, 100% Umtauschkurs und immer wieder ein Erlebnis

In Berlin führten wiederholte Proteste zuerst zur Bargeldauszahlung durch den Senat im Jahr 2002. Die meisten anderen Berliner Bezirke folgten anschließend dieser Praxis, z.T. allerdings erst nach intensiven Aufforderungen. Übrig bleiben die konservativen Bezirke Spandau und Reinickendorf, in denen weiterhin Chipkarten ausgegeben werden.

Im Land Brandenburg gibt es mittlerweile Bargeldauszahlung in Potsdam, in der Stadt Brandenburg, in den Landkreisen Teltow-Fläming, Dahme-Spree und Potsdam-Mittelmark sowie im Elbe-Elster-Kreis. In letzterem konnte die Bargeldauszahlung übrigens durchgesetzt werden, weil die Leute in zwei Heimen unabhängig voneinander die Entgegennahme der Chipkarten verweigerten. Ein Protest, der sich am Ende lohnte, obwohl ihn diesem Zusammenhang auch harte Gerichtsurteile ergingen: Zwei Flüchtlinge hätten im toom-Markt Sachbeschädigung am selbst gekauften Anzug begangen und Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet, was Marktleitung und Zeugen so nicht sahen. Die Aussagen der Beamten zählten.

In Kunersdorf im Kreis Märkisch-Oderland verweigerten Flüchtlinge am 4.8.2004 ebenfalls die Annahme der Chipkarten. Presse und Lokalpolitik wurden aufgerüttelt und mussten sich dazu verhalten. Eine Fortsetzung der Proteste fand vorgestern statt.

In Kunersdorf fand ein Protestfrühstück und anschließend in Seelow eine Kundgebung vor dem Landratsamt statt. Daran anschließend gab es eine Einkaufsaktion im MARKTKAUF in Seelow.

Unser aller Widerstand gegen staatlichen Rassismus sollte weitere politische Erfolge gegen das rassistische Chipkarten- und Gutscheinsystem bringen. Wir wissen, dass es in der BRD individuell gravierendere Einschränkungen gibt, wie die bekannt gewordenen Foltermethoden in der ZAST in Eisenhüttenstadt, die Existenz der sogenannten Abschiebehäft und letztlich Abschiebungen.

Der Entzug von Bargeld - bei gleichzeitigem faktischem Verbot einer legalen Arbeit nachzugehen – ist jedoch ein wichtiger Baustein zur Zermürbung von AsylbewerberInnen, und u.a. auch eine Vorbereitung zur Abschiebung. Denn weil es in der BRD zur Zeit praktisch kein Recht auf Asyl gibt, können die Leute dennoch zumindest eine Verfestigung ihres Status erreichen, in der Hoffnung auf bessere Zeiten hier oder woanders, in der Hoffnung z.B. eine Schutzzehe eingehen zu können etc. Doch dafür benötigen die Leute juristische Beratung, die im Kapitalismus bekanntlich Geld kostet. Geld, das Flüchtlingen vorenthalten wird durch Essenspakete, zwangsweises Kantinenessen, Gutscheine oder Chipkarten.

Dies ist die beabsichtigte und zugleich vielleicht perfideste Wirkung des im Asylbewerberleistungsgesetz beschriebenen Sachleistungsprinzip.

Verantwortlich für diese Form der Diskriminierung sind die Bundesregierung, teilweise Landesregierungen und hier in Brandenburg direkt die Verantwortlichen der Kommune.

Die Entscheidung für die Art der Auszahlung wird politisch gefällt.  
Hier in der kreisfreien Stadt Cottbus ist das städtische Parlament direkt politisch verantwortlich.

**Weg mit dem Asylbewerberleistungsgesetz!  
Bargeld für Alle!  
Grenzen auf!**